

IRAN

Glasnost in Teheran

Fünf Monate nach Amtsantritt des gemäßigten iranischen Staatspräsidenten Mohammed Chatami ist im Pressewesen der Islamischen Republik eine Blütezeit angebrochen. Die Zahl der Neuzulassungen für politische, wirtschaftliche und kulturelle Druckerzeugnisse hat sich seither verdoppelt – sehr zum Zorn der islamischen Hardliner um Chomeini-Nachfolger Ajatollah Chamenei. Sie werfen vor allem dem neuernannten Kulturminister Ataollah Mohadscherani vor, bei der Lizenzvergabe „die liberalen und prowestlichen Intellektuellen“ zu bevorzugen. Doch Mohadscherani, gedeckt vom reformwilligen Staatschef Chatami, läßt sich vom Glasnost-Kurs nicht abbringen. Nun will er sein Ministerium, bislang verlässlicher Hort fundamentalistischen Gedankenguts, gründlich umformen, um „den Respekt der kulturellen und künstlerischen Freiheit zu sichern“.



Reformer Chatami, Mohadscherani



Chinatown in Montreal

D. EISERMANN / DAS FOTOARCHIV

KANADA

Große Buchstaben

Die Sprachpolizei (Office de la langue française) in der frankophonen kanadischen Provinz Quebec verschärft ihren Kampf um die Vorherrschaft des Französischen. Ein Gesetz in der immer wieder von separatistischen Versuchen geschüttelten Provinz schreibt vor, daß etwa Ladenschilder mindestens zweisprachig abgefaßt sein müssen, die Lettern der französischen Wörter doppelt so groß wie der Rest. Inspektoren beanstandeten jüngst das 50 Jahre alte Firmenschild eines jüdischen Grabsteinmetzen, weil das Wort „Monuments“

auf französisch ein wenig kleiner geschrieben war als auf hebräisch. Nun drohen die staatlichen Sprachpuristen auch dem Chinesen-Viertel der Metropole Montreal. Geschäftsleute des beliebten Touristenziels „Chinatown“ wurden schriftlich aufgefordert, die chinesischen Schriftzeichen schleunigst durch französische zu ergänzen. Dies sei, kommentierte die Inhaberin eines Friseursalons, „gemein und kulturell gefühllos“. Zudem spreche kein einziger ihrer Kunden auch nur ein Wort Französisch.

BURMA

Karen kämpfen weiter

Trotz wiederholter Niederlagen gegen Burmas Militärjunta setzen Führer der Karen, einer ethnischen Minderheit von fast drei Millionen Menschen, weiter auf den bewaffneten Kampf: Die Rebellen der Karen National Union, die seit mehreren Jahrzehnten einen Guerrillakrieg gegen das Regime in Rangun führen, haben sich zwar nach empfindlichen Verlusten aus dem Grenzgebiet zu Thailand teilweise ins Landesinnere zurückziehen müssen. Aber zur Aufgabe ihres Befreiungskrieges, so der Chef der 7. Brigade, General Htay Maung, sind die Karen „nicht bereit“ – zumal die halbherzig geführten Friedensgespräche bisher keine Annäherung gebracht haben. Seit der Kapitulation der Shan-Armee unter Drogenkönig Khun Sa im Januar 1996 hat sich der Druck der Militärs auf die Karen erheblich verstärkt. Doch noch immer bieten sie sieben Brigaden mit mehr als 6000 Dschungelkriegern auf. Gerade die

Massaker der Regierungstruppen, die brandschatzend die Zivilbevölkerung terrorisieren, haben die Moral der Guerrilleros eher noch gestärkt. „Unterwerfung“, so Karen-General Htay Maung, „kommt nicht in Frage.“



DER SPIEGEL 2 / 1998

GROSSBRITANNIEN

Blair verliert Anhänger

Während Premier Tony Blair samt Familie und Schwiegermutter auf den Seychellen urlaubt, arbeiten Labour-Strategen an einer PR-Offensive, um den rapiden Mitgliederschwund zu stoppen. Im vergangenen Jahr haben trotz des Erdbebens in den Parlamentswahlen etwa 17 Prozent der weit über 400 000 Genossen ihre Parteibücher zurückgegeben: viele offenkundig aus Protest über den rabiaten Sparkurs der Regierung im Wohlfahrtsbereich, unter dem vor allem alleinerziehende Mütter und Behinderte leiden. Der Zorn über den Sozialabbau von New Labour brodelt nicht nur an der Basis. Der linke Europa-Parlamentarier Ken Coates forderte gar den Sturz des autoritären Regierungschefs. Coates und sein Labour-Kollege Hugh Kerr wechselten am Neujahrstag zu den Europa-Grünen, weil „Labour eine Politik betreibt, für die ich mich aus ganzem Herzen schäme“ (Coates).